



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Pressemitteilung : Moschee Gräselberg

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer: K.H. Maiert

Wiesbaden, 17.10.2006

Die Kritik der Nachbarn an der von Milli Görüs geplanten Moschee ist berechtigt und hat mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun. Den Protest mit einer solchen Unterstellung abtun zu wollen, geht keinesfalls an. Es handelt sich überhaupt nicht um eine Ausländerproblematik, sondern darum, daß ein verfassungsfeindlicher Verein (und keine Kirche, wie immer wieder gesagt) daran gehindert werden sollte, sich an einer Stelle zu etablieren, wo er aus guten Gründen unerwünscht ist. Würde es sich um das Schulungszentrum einer deutschen rechtsradikalen Organisation handeln, gäbe es nur eine Stimme der Empörung. Die Politiker, die sich hinter das Baurecht zurückziehen, haben daraus eine Ausländerproblematik gemacht, indem sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über Milli Görüs bagatellisieren und so den Eindruck erwecken, daß man den Verein gewähren lassen müsse, eben weil er türkisch sei.

Hier zeigt sich die Mangelhaftigkeit der Integrationsdebatte in Wiesbaden. Wer darauf hinweist, daß es ausländische Organisationen gibt, die gegen unsere Verfassung arbeiten und ihre eigenen Rechtsnormen beibehalten wollen, dem wird Populismus vorgeworfen. Die Frage der Parallelgesellschaft paßt nicht ins Integrationskonzept, also darf nicht offen darüber geredet werden. Die Tabuisierung führt aber nur zum Unwillen der Bevölkerung, die sich mit Recht düpiert fühlt.

Es ist unverantwortlich von den Grünen, die Einwände der Bürger als „Vorurteile“ abzutun. Und was das Argument betrifft, daß eine Gemeinschaft wie Milli Görüs aus den Hinterhöfen an die Öffentlichkeit solle, so ist zu sagen, daß die Organisation so transparent ist, wie sie sein will, und dabei die Räumlichkeit keine Rolle spielt. Im übrigen besteht kein Grund dazu, einer verfassungsfeindlichen Organisation zu mehr öffentlicher Wirksamkeit zu verhelfen. Die deutsche Geschichte sollte alle gelehrt haben, wie gefährlich es ist, den Feinden der Demokratie Aktionsspielraum zu gewähren.

Die Wiesbadener Politiker hätten die betroffene Bevölkerung rechtzeitig von dem Vorhaben unterrichten sollen. Es ist nicht zu verstehen, daß die Verwaltung sich auf den Standpunkt stellt, sie hätte keine Informationen herausgeben dürfen. Nachbarn haben ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis von einer solchen Nutzungsänderung.

Nach unserer Auffassung ist es auch nicht richtig, daß die Verwaltung nichts dagegen hätte tun können. Sie hätte in der Stadtverordnetenversammlung eine Veränderungssperre und Bebauungsplanänderung durchsetzen können. Dafür ist es immer noch nicht zu spät. Die BLW-Fraktion wird in der nächsten Sitzung des Parlaments einen entsprechenden Antrag stellen.

gez. Dr. Michael von Poser, Fraktionsvorsitzender